

Mein verbleibender Kredit: CHF 7.60

[\[Go To Best Hit\]](#)

© **Tages-Anzeiger**; **04.07.2008**; Seite 3ges

Inland

GES

SP startet Angriff auf den Numerus clausus

Obwohl die Schweiz immer mehr Ärzte aus dem Ausland holen muss, gibt es beim Zugang zum Medizinstudium eine Beschränkung. Diese will die SP nun zu Fall bringen.

Von Philipp Mäder

In 20 Jahren gibt es in der Schweiz viel zu wenig Ärzte. Die Gesundheitsversorgung ist deshalb gefährdet. Zu diesem Schluss kam vor einigen Tagen das Gesundheitsobservatorium. Weil es immer mehr Alte gibt, haben die Ärzte immer mehr zu tun. Doch auch die Ärzte werden älter - und lassen sich dann pensionieren. Besonders gravierend wird der Mangel bei den Hausärzten sein. Denn dort gibt es viel zu wenig Nachwuchs.

Nun will die SP das Steuer herumreissen. «Wir müssen die Zulassungsbeschränkung zum Medizinstudium aufheben», fordert SP-Nationalrätin Jacqueline Fehr. «Es ist doch absurd, die Jungen vom Medizinstudium abzuhalten und gleichzeitig Ärzte aus dem Ausland zu holen.» Zumal man auch damit den Ärztebedarf in Zukunft nicht decken könne.

19 Prozent ausländische Ärzte

Tatsächlich gibt es in der Schweiz immer mehr Ärzte, die ihre Ausbildung im Ausland erhalten haben. Laut OECD stieg deren Anteil zwischen 2000 und 2005 von 12 auf 19 Prozent. Bei den Assistenzärzten in den Spitälern sind es gar 40 Prozent, die ihr Diplom im Ausland gemacht haben. «Ein Austausch mit dem Ausland ist gut», sagt Fehr. «Aber ein reiches Land wie die Schweiz kann es sich leisten, seine Ärzte selber auszubilden.»

Fehr fordert deshalb 400 zusätzliche Studienplätze an den medizinischen Fakultäten der Schweiz. Das wäre ein massiver Ausbau: So schliessen heute rund 600 Studierende pro Jahr ihr Medizinstudium ab - deutlich weniger als vor zehn Jahren. An Interessenten würde es auch heute nicht mangeln. So können an den vier Universitäten mit einem **Numerus clausus** nur rund ein Drittel der Interessenten mit dem Studium beginnen (siehe Grafik).

Für die Zulassung zum Medizinstudium ist der Standortkanton der jeweiligen Universität zuständig. Deshalb will die SP nun im Zürcher Kantonsrat ein Postulat einreichen, wie Fraktionschef Nicolas Galladé sagt. Die SP will wissen, wie die Regierung die Gefahr eines Ärztemangels beurteilt und inwiefern eine Aufweichung oder Aufhebung des **Numerus clausus** diesem entgegenwirken könnte.

Die Chancen, dass die Schweiz in Zukunft wieder mehr Ärzte ausbilden wird, stehen dabei

nicht schlecht. So haben die Kantone, die einen **Numerus** clausus kennen, bereits letztes Jahr rund 40 neue Studienplätze geschaffen. Und der Kanton Zürich habe soeben sein Kontingent fürs Medizinstudium um weitere 20 Plätze erhöht, sagt Sebastian Brändli, Chef des Zürcher Hochschulamtes. «Denn ethisch ist es nicht unproblematisch, wenn die Schweiz mit ihren höheren Löhnen einfach Ärzte aus dem Ausland abwirbt.» Und es schliesslich im fernen Osteuropa zu wenig Ärzte habe.

Unterstützung gibt es auch auf eidgenössischer Ebene. So hat der Schweizerische Wissenschafts- und Technologierat, ein Expertengremium mit beratender Funktion, letztes Jahr die Erhöhung der Studienplätze um 20 Prozent gefordert. Der Rat argumentierte, auch andere europäische Länder hätten die Zahl der Studienplätze erhöht. Und der Staatssekretär für Bildung und Forschung, Mauro Dell'Ambrogio, sagte vor kurzem im «Tages-Anzeiger»: «Der **Numerus** clausus im Medizinstudium hat bedenkliche Folgen gezeitigt. Schliesslich holen wir inzwischen viele Ärzte aus dem Ausland.»

Ob es allerdings nötig ist, den **Numerus** clausus ganz abzuschaffen, ist umstritten. «Eine Selektion nach dem ersten Studienjahr ist sinnvoller als eine Zulassungsbeschränkung», sagt Nationalrätin Fehr. Denn nach einem Jahr könne man die Fähigkeiten eines Studierenden besser beurteilen. Dem widerspricht Klaus-Dieter Hänsgen von der Universität Freiburg, der für den Eignungstest verantwortlich ist: «80 bis 90 Prozent der Studienanfänger, die unseren Test absolviert haben, schliessen am Schluss das Medizinstudium ab.» Die Abschaffung des **Numerus** clausus hingegen sei ein Rückschritt um zehn Jahre und würde Geld, Ausbildungs- und Lebenszeit verschwenden, findet Hänsgen. Um die Zahl der Studienplätze massvoll zu erhöhen, brauche man den **Numerus** clausus.

Genf hätte gerne Numerus clausus

Unterstützung erhält Hänsgen ausgerechnet von der Universität Genf, die keine Zulassungsbeschränkung kennt: «Ich wäre froh um einen **Numerus** clausus», sagt Jean-Louis Carpentier, Dekan der Medizinischen Fakultät. «So könnte man verhindern, dass die Studierenden ein Jahr bis zur ersten Zwischenprüfung verlieren.» Dann wird auch in Genf ein grosser Teil der Studierenden ausgesiebt.

Jacqueline Fehr.

BILD JOCHEN ZICK/KEYSTONE

Mehrere europäische Staaten haben die Zahl der Studienplätze für Medizin erhöht - hier ein Vorlesungssaal in Berlin.

www.swissdox.ch · E-Mail: contact@swissdox.ch